

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

11. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

8. Dezember 2020

Jede und jeder für sich ist ein wichtiger Baustein für unsere Partei

Was bleibt vom Jahr 2020 werden sich viele fragen. Auch wir fragen uns das ab und zu und doch sollten wir versuchen, die positiven Dinge zu sehen. Das ist leichter gesagt als getan, denn bei vielen ist eine große Unsicherheit, wie es im nächsten Jahr weitergehen wird.

Diese Frage wird uns beschäftigen, im privaten und familiären Bereich, auf Arbeit, aber auch in unserer Gestaltung des Parteilebens. Wie sehr haben wir unser Sommerfest vermisst, ist es doch eine schöne Gelegenheit, sich zu treffen, auszutauschen und lecker zu essen. Auch das Volksbegehren „Den Mangel beenden“ haben wir unter erschwerten Bedingungen gemeistert. Es war für alle eine neue Erfahrung mit Desinfektionsspray und Masken am Infostand. Aber wir haben das zumindest dieses Jahr schon geübt und sind so den anderen Parteien ein Stück voraus, falls wir einen Wahlkampf unter Pandemiebedingungen führen müssen. Auch die politische Auseinandersetzung fordert neue Formate, wir versuchen es gerade mit einem Online-Stammtisch und sind uns doch bewusst, dass wir damit nicht alle von euch erreichen. Das "Linke Blatt" ist nach wie vor ein wichtiger Bestandteil in unserer Kommunikation mit euch. Damit diese nicht so einseitig verläuft, freuen wir uns über Reaktionen auf Artikel, aber auch auf neue Denkipulse von euch.

Nun bleibt uns noch, uns bei euch allen zu bedanken für dieses Jahr 2020. Wir haben alle miteinander versucht, das Beste daraus zu machen. Jede und jeder für sich ist ein wichtiger Baustein für unsere Partei. Auch das muss mal deutlich gesagt werden. Wir sind eine Gemeinschaft - uns einen die politischen Ziele für eine gerechtere und friedlichere Welt als sie jetzt ist.

Wir wünschen euch und euren Familien ein schönes und friedvolles Weihnachtsfest, bleibt gesund und wir sehen uns im Jahr 2021!

P.S. Viele Menschen sehen wir nur noch mit Maske und doch ist gerade ein lächelndes und freundliches Gesicht für das Wohlbefinden wichtig. Also achten wir jetzt viel mehr auf die Augen, denn auch diese können uns unheimlich viel mitteilen. Versuchen wir doch in den letzten Wochen des Jahres unseren Mitmenschen mit einer großen Freundlichkeit zu begegnen. Die Reaktionen darauf sind bestimmt durchweg positiv und es ist auch ein schönes Gefühl, andere zum Lächeln zu bringen. In diesem Sinne

Jan und Anja

Gesamtmitgliederversammlung am 5. Dezember 2020 - Wahlergebnisse

Wahl für das Direktmandat im Wahlkreis 72 zur Bundestagswahl 2021

Petra Sitte,
mit 83 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Wahl der 16 Delegierten für die Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

Ute Haupt
Marion Krischok
Anja Krimmling-Schöffler
Katja Müller
Henriette Quade
Marianne Böttcher
Stefanie Mackies
Elisabeth Nagel

Gemischte Liste

Jan Röttschke
Hendrik Lange
Jens Breitengraser
Dirk Gernhardt
Jan Hoffmann
Lukas Wanke
Niklas Ufer
Frederic Claus

Ersatzdelegierte

Lydia Roloff
Jan Wagner
Niklas Gießler



Auszug aus der Rede von Petra Sitte auf der Gesamtmitgliederversammlung am 5. Dezember 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
zunächst erst einmal einen besonderen Dank an Euch und an die Organisatorinnen und Organisatoren, dass Ihr die heutige Mitgliederversammlung möglich gemacht habt. Das ist in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit.

...In diesen Zeiten...da bin ich eigentlich gleich beim Thema und der politischen Bewertung „dieser Zeiten“. Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf die Politik von CDU/CSU und SPD. Im Bundestag sind in diesem Jahr bereits zwei Nachtragshaushalte 2020 verabschiedet worden. Und nun wird vermutlich näch-

ste Woche der Bundeshaushaltsplan 2021 beschlossen.

Man könnte nach den Corona-Erfahrungen ja annehmen, dass man nicht einfach so weiter machen kann und will. Ist uns nicht vor Augen geführt worden, was für die Gesellschaft, was für die Menschen wirklich gebraucht wird? Ist uns nicht vor Augen geführt worden, wohin uns das jahrzehntelange Gerede der Neoliberalen vom „schlanken Staat“ geführt hat?

...

Massive Unterstützung erhalten große Unternehmen und ihre Eigentümer, nicht aber Bedürftige. 9 Milliarden gab es für die Lufthansa - ohne Bedingungen für die

Weiterbeschäftigung der Beschäftigten zu stellen. Aber es gab nicht mal 1 Milliarde für eine Million Studierende, um diese nach dem Verlust ihrer Jobs zu schützen. Das macht wirklich wütend. Wir wollen das BAföG für Studierende, Schülerinnen und Schüler als bedarfsdeckend und elternunabhängig, mit längeren Laufzeiten und keinen Altersgrenzen.

...

Während die Automobilkonzerne massenhaft Kurzarbeit für ihre Beschäftigten anmeldeten, damit also auf Beitrags- und Steuergeld der Beschäftigten zurückgriffen, zahlte beispielsweise BMW Dividenden an Aktionäre aus - allein fast 800 Millionen Euro Dividende an die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt.

...

Autogipfel gab es - mehrere. Aber nicht einen KiTa-Gipfel. Derzeit hat die Petition „KiTa-Gipfel statt Autogipfel“ weit über 40.000 UnterzeichnerInnen. In dieser gehtes um die Einführung eines bundesweiten Personalschlüssels.

Aber es geht weiter: Sogenannte geringfügig Beschäftigte sollen vollkommen ohne Staatshilfe auskommen. Dabei hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erst jüngst in einer Studie belegt, dass gerade Minijobber zu den größten Verlierern der Corona-Pandemie gehören.

Demnach lag die Zahl der Minijobber im Juni 2020 um 850.000 oder 12 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Nicht, dass wir LINKE große Freunde der Minijobs wären, aber darunter sind auch die bereits erwähnten Studierenden.

...

Manchmal ist es ja besonders die Zeitgleichheit von Entwicklungen und Nachrichten, die einen fassungslos zurücklassen, denn im ersten Halbjahr der Krise hat die Zahl der Millionäre in Deutschland um 58.000 zugenommen.

Und gleichzeitig ist bereits heute jeder zehnte Erwachsene in Deutschland überschuldet. Eine Zunahme in Folge der Corona-Pandemie ist vorhersehbar.

Trotzdem sieht die Bundesregierung keine Maßnahmen zur Unterstützung dieser Menschen vor. Ohne solchen Schutzmaßnahmen ist eine soziale Katastro-

phe zu erwarten. Das aber wird ignoriert.

...

Während viele Programme im Sozial- oder Kulturbereich bereits im kommenden Jahr auslaufen und deren Mittel unter Corona-Bedingungen gar nicht abfließen können, laufen die Konjunkturlösungen für die Rüstungsunternehmen über fünf Jahre. Erinnert Ihr Euch, dass gerade im sozialen und ehrenamtlichen Bereich Projekte immer nur über zwei oder drei Jahre unterstützt werden? Außerdem, man kann die Dreistigkeit kaum fassen, werden die Rüstungsgelder als Investitionen getarnt. Dabei hat die Bundeshaushaltsordnung ausdrücklich untersagt, Ausgaben für die militärische Beschaffung den Investitionen zuzuordnen. Unfassbare rd. 47 Milliarden Euro will die Bundesregierung - ungeachtet der Notsituation in der sich das Land befindet - im kommenden Jahr in die Rüstung pumpen. Das sind 9,4 Prozent des Gesamthaushaltes. Globaler Frieden und globale Gerechtigkeit brauchen jedoch mehr zivile Prävention und nicht mehr Militär.

Übrigens liegt der Haushalt für Bildung und Forschung bei 20.8 Milliarden Euro. Über die Hälfte weniger!

Kultur und Freizeit gelten hingegen als entbehrlich - und mit ihnen die Unterstützung der Menschen, die davon leben.

Von der Kulturmilliarde, mit der der Not leidenden Kulturbranche vollmundig schnelle Hilfe versprochen wurde, waren am 10. Oktober dieses Jahrs nicht einmal 5 Prozent ausgereicht worden. Das heißt, Gelder waren vom Bundestag beschlossen. Aber die Ausgabebedingungen der Ministerien verhinderten, dass sie dort ankamen, wo sie wirklich dringend gebraucht wurden. Daran hat sich bis heute nichts wirklich geändert.

...

Wir werden erst nach der Krise merken, was für eine Katastrophe sich dort vollzogen hat. 1,5 Millionen Beschäftigte sind betroffen. Es ist wirklich dramatisch, deshalb engagieren wir uns immer noch für Änderungen in den Programmen.

...

Union und SPD sind immer noch nicht bereit, durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung sowie Bildung und Forschung unsere Gesellschaft

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.12.2020
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 14.01.2021

endlich etwas friedlicher, gerechter, solidarischer und ökologischer zu machen.

Deswegen muss auch die deutsche Schuldenbremse nicht nur ausgesetzt, sondern abgeschafft werden. Eine heruntergewirtschaftete öffentliche Infrastruktur ist eine Last für die nächste Generation.

...

Wenn wir schon Milliarden in die Hand nehmen, dann sollten sie finanzieren, was uns nicht nur über die Corona-Krise bringt, sondern auch einen sozial-ökologischen Umbau fördert. Ambitionierter Klimaschutz kann so auch ökonomisch vorteilhaft sein und mehr Arbeitsplätze schaffen als an anderer Stelle verloren gehen. Aber alle wirtschaftlichen Krisenmaßnahmen atmen die alte Wachstumsphilosophie. Solidarische Ökonomie und soziale Innovationen mit bedürfnisorientierten, sozialen, demokratischen und ökologischen Ansätzen sind noch nicht angekommen.

...

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft - also jeder Zweite - besitzt fast nichts. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht würdevoll leben. Selbst Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen gesetzlichen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut.

...

Liebe Genossinnen und Genossen, bereits jetzt stellt sich angesichts der Nettokreditaufnahme von fast 218 Milliarden Euro in diesem Jahr und 180 Milliarden Euro 2021 die Frage, wer soll das für die Krise zahlen? Mit dieser Frage müssen wir die anderen Parteien während des Wahlkampfes immer wieder konfrontieren!

Wir schlagen eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg vor.

Die Hauptprofiteure der Corona-Krise sind große Digital-Konzerne, die sich der internationalen Besteuerung entziehen und mit Verstößen gegen europäische Arbeitnehmerrechte- und Datenschutz-Standards aufpassen.

Statt monopolartige Strukturen im globalen Daten-Business zu dulden, müssen deutsche und europäische Kartell- und Steuerbehörden einschreiten.

...



Wie Ihr vielleicht wisst, befasse ich mich als Forschungspolitikerin auch mit Gesundheitsforschung. Wir hatten in den letzten Monaten unzählige digitale Treffen mit WissenschaftlerInnen, die sich mit den Herausforderungen der Corona-Krise befasst und vernetzt haben. Auf einem dieser Treffen haben uns ForscherInnen erzählt, dass ihnen vollkommen klar gewesen sei, dass eine solche Pandemie auf uns zulaufen würde. SARS und MERS waren nur Vorläufer.

Es sei einzig eine Frage der Zeit gewesen, wann uns eine Pandemie mit für Menschen lebensbedrohlichem Potenzial erreichen würde. Man hätte Aspekte einer solchen Pandemie also schon früher beforschen können.

Dafür gab es aber keine Ressourcen.

...

Die Corona-Krise nun hat gezeigt, wie notwendig staatliches Engagement für die bedarfsgerechte Entwicklung von Therapeutika und Impfstoffen ist.

Hier braucht es einen Paradigmenwechsel und den Einstieg in eine öffentliche Gesundheitsforschung, die pharmazeutische und nichtpharmazeutische Therapieoptionen in den Blick nimmt, bei der geistigen Eigentumsrechte in öffentlicher Hand bleiben. So könnten reichere Länder auch einen Beitrag zur Versorgung im globalen Süden leisten.

...

Lasst mich mit einer persönlich gehaltenen Anmerkung schließen. Es beunruhigt mich zutiefst, was sich auf unseren Straßen und Plätzen abspielt. Dabei meine ich

bei Weitem nicht allein Corona-Leugner, Esoteriker, Verschwörungstheoretiker, Impfgegner oder was auch immer.

Ich meine vor allem die Verquickung mit rechtsextremem, faschistischem Denken. Die Grenze ist fließend.

...

Erst am letzten Sonntag habe ich mir weite Teile der Auseinandersetzungen auf dem Parteitag der AfD angesehen. Dass diese Partei längst rechtsextrem geworden ist, bekam man auf offener Bühne vorgeführt.

...

Meine Großeltern waren während des Naziregimes als SPD-Mitglieder existenziell bedroht. Kommunisten hat-

te man vielfach längst abgeholt. Mein Opa hat in Haft gesessen, aber Gott sei Dank überlebt. Ihnen fühle ich mich in besonderer Weise verpflichtet. Das ist der rote Faden, der meine Familiengeschichte durchzieht. Deshalb kann ich mich auch nicht damit abfinden, dass die Rechtsextremen im und außerhalb des Parlaments versuchen, den Ton, das Denken und das Handeln vorzugeben.

Auch das ist mir tiefer innerer Antrieb, noch einmal antreten zu wollen. Mit meiner Erfahrung in die Auseinandersetzung gehen.

Gelassenheit kann ich Euch nicht versprechen - aber sehr, sehr viel Einsatz.

Impfen für alle! Für einen globalen Patentpool - gegen nationalen Egoismus!

Da gleich mehrere Impfstoffe kurz vor ihrer Zulassung in der Europäischen Union stehen, stellt sich natürlich die Frage der Verteilung der Impfdosen.

Hier fällt auf, dass von der oftmals beschworenen weltweiten Koordination und Absprache im Kampf gegen ein weltweites Virus nichts mehr übrig geblieben scheint. Während es am Anfang der Pandemie sogar zu solidarischen Aktionen zwischen öffentlichen Akteur*innen kam (Ärzt*innen und Schutzausrüstung nach Europa, Patient*innen wurden verlegt), beweisen insbesondere die Staaten der EU und Nordamerikas ihre nationalen Prioritäten und sichern sich erst einmal große Mengen des produzierten und noch zu produzierenden Impfstoffes.

Dabei wird in der Debatte kaum ein Gedanke an die Staaten verschwendet, die sich den Kauf der Produkte nicht leisten können und es wird auch nicht darüber diskutiert, wie die Verteilung bei einer begrenzten Produktionskapazität am Sinnvollsten auszusehen hätte.

Vielmehr legen finanzkräftige Staaten wie Deutschland ihren Scheck auf den Tisch und verlangen das Produkt noch in diesem Monat. Die Eile ist mehr als berechtigt, aber die Folgen von Alleingängen könnten fatal sein:

Wenn flächendeckende Impfungen in den nächsten Monaten und Jahren nicht in den ärmsten Staaten der Welt möglich sind, dann könnte das zu Millionen von leicht vermeidbaren COVID-19-Todesfällen führen. Die Lösung für das Problem hat ein Bündnis rund um

die Organisation „medico international“ deutlich aufgezeigt: In einer Petition fordern sie u.a. die deutsche CDU/SPD-Bundesregierung dazu auf, sich für einen globalen Patentpool bei der Weltgesundheitsorganisation WHO einzusetzen.

Das langfristige Ziel muss es sein, medizinische Forschungsergebnisse allen zugänglich zu machen und dafür zu sorgen, dass es endlich eine wirkliche weltweite Pandemiebekämpfung gibt!

Wir wollen eine solidarische Gesundheitspolitik und einen globalen Patentpool!



Aus der Stadtratssitzung vom 25. November 2020

Die „vollgepackte“ Stadtratssitzung fand diesmal wieder auf Grund der „Coronabedingungen“ in der Händelhalle statt. Schon die Bürgerfragestunde wurde diesmal sehr genutzt, denn vor allem Einzelhändler aus der Innenstadt meldeten sich zu Wort und protestierten gegen die Vorlage der Verwaltung „Konzeption für eine weitgehend autofreie Innenstadt“.

Das Thema war dann auch in der Stadtratssitzung begleitet von einer intensiven, ja auch emotional aufgeladenen Diskussion.

Vor fast einem Jahr wurde im Stadtrat der Beschluss gefasst für diese Konzeption der autofreien Innenstadt. Nun hat die Stadtverwaltung das entsprechende Konzept mit 13 Maßnahmen vorgelegt. Es ist, auch wir unterstreichen das, ein auf Zukunft orientiertes Konzept, welches auf einen interessanten Wohnstandort ohne Auto orientiert, einen Beitrag leistet für den Klimaschutz und auch einen Imagegewinn für unsere Stadt darstellt. Es ist ein Konzept, welches noch nicht fertig ist, sondern in eine Richtung weist und auch aussagt, dass alle Einzelmaßnahmen noch einmal der Beschlussfassung im Stadtrat unterliegen. Ein absoluter Streitpunkt sind die Parkplätze. Als eine Maßnahme wurde auch der Wegfall von Parkplätzen in der Altstadt vorgeschlagen.

Das rief vor allem die Fraktionen der CDU und der FDP auf den Plan; sie argumentierten gegen den Vorschlag.

Die Argumente waren, dass die Händler große Sorgen hätten und gerade in diesen Zeiten betroffen seien. Es werden Umsatzausfälle prognostiziert. Unsere Argumente waren aber auch die der Verwaltung: wir hätten eine, gerade für Touristen, schönere Innenstadt. Leipzig macht es vor, wie es gehen kann. Zudem werden ja mit dem Verkehrskonzept, welches im nächsten Jahr im Stadtrat beschlossen werden soll, auch Alternativen, wie z.B. Parkhäuser angeboten. Am Ende wurde das Konzept mit einer Mehrheit von 29 zu 20 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, angenommen. Zwischenzeitlich gibt es das Vorhaben, einen Bürgerentscheid zu initiieren, um den Beschluss des Stadtrates wieder zu kippen. Der Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Herr Bernstiel (CDU), der Landtagsabgeordnete Herr Keindorf (CDU) und Herr

Lukas Röse, Gesellschafter der Bierkanzlei, haben dazu aufgerufen.

Im Stadtrat musste, nachdem Frau Rebecca Plassa (Grüne) ihr Mandat abgegeben hatte, eine 2. Stellvertreterin/ ein 2. Stellvertreter des Stadtrates gewählt werden. Im ersten Wahlgang trat Frau Dr. Brock (Grüne) an. Sie konnte aber die notwendige Mehrheit nicht erreichen. Im zweiten Wahlgang traten dann Dennis Helmich (Grüne) und Andreas Wels (Hauptsache Halle) an.

Mit Stimmenmehrheit wurde Dennis Helmich zum 2. Stellvertreter des Stadtrates gewählt.

Unser Antrag zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für die Scheibe C in Halle-Neustadt fand leider nicht die erforderliche Mehrheit. Die Kosten für Instandsetzung und Sanierung der Scheibe C haben sicher erhöht, sodass die bewilligten Fördermittel nicht ausreichen. Da das Gebäude bzw. die Sanierung im Interesse der Stadt liegt, wollten wir die Stadtverwaltung auffordern, weitere Fördermittel über die Stadt Halle zu beantragen. Der Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent sollte durch eine Spende für gemeinnützige Zwecke an die Stadt Halle Saale gehen. Aber genau an diesem Punkt hatten die Verwaltung und auch Mitglieder anderer Fraktionen rechtliche Bedenken. Wie es nun weitergeht an der Scheibe C wissen wir noch nicht.

Beschlossen wurden im Stadtrat mehrere Umbenennungen für Straßennamen bzw. die Vergabe neuer Straßennamen, wie z.B. Zum Böllberger Ufer.

Ebenfalls beschlossen wurde die Förderung der Singeschule Halle (Saale) e.V. für den Zeitraum 2021 bis 2025 sowie die Förderung der Kindersingakademie der Stadt Halle (Saale) in Trägerschaft der halleschen Jugendwerkstatt gGmbH.

Ute Haupt

Hinweis der Geschäftsstelle:

Rechnungsschluss ist in diesem Jahr Montag, der 14.12.2020, das heißt, das ist der letzte Termin zur Abgabe von Beiträgen, Rechnungen usw. in der Geschäftsstelle.

Spendensammlung von DIE LINKE Halle erfolgreich abgeschlossen!

Am Freitag (04.12.2020) haben wir die von Bürger*innen, Sympathisant*innen und Mitgliedern im "Linken Laden" Halle gespendeten Lebensmittel, Wärmflaschen, Butterbrotpapiere und Kleidungsstücke zum zweiten Mal der Wärmestube der Evangelischen Stadtmission und dem SCHIRM-Projekt der halleischen Jugendwerkstatt übergeben.

Dieses praktische Zeichen der Solidarität und für die Wichtigkeit dieser sozialen Einrichtungen war nur möglich, weil so viele unserem Aufruf gefolgt sind. An dieser Stelle müssen und möchten wir uns also noch einmal bei allen bedanken, die gespendet, geholfen oder in den (sozialen) Medien auf unsere Aktion hingewiesen haben. Es wird auch in der wahrscheinlichen Krise nach der Corona-Krise darauf ankommen, dass Menschen sich politisch und praktisch für den sozialen Zusammenhalt einsetzen.

Deshalb also abschließend: Vielen Dank von uns und den beiden Einrichtungen. Über neue Sammelaktionen informieren wir wie gewohnt u.a. an dieser Stelle!



Grabpflege auf dem Südfriedhof

Seit vielen Jahren haben immer wieder Genoss*innen und Sympathisant*innen die Grabpflege für das Grab von Karl Meseberg und Martha Brautzsch übernommen. Seit längerer Zeit kümmern sich vor allem Christine und Christian Schürer um diese beiden Grabpatenschaften. Auf diesem Wege wollen wir uns als DIE LINKE. Halle ganz herzlich bei den beiden bedanken und es keinesfalls als Verständlichkeit ansehen. Vielen Dank euch beiden!



In Berlin und (H)alle dabei - Nolite te bastardes carborundorum

Und wieder steht der 25. November vor der Tür. Und wieder müssen wir über Gewalt an Frauen sprechen. Denn wieder einmal werden Frauen in ihren Rechten unterdrückt und sie müssen wieder einmal auf die Straßen gehen und für ihre Freiheit kämpfen. In Polen geht es derzeit um die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes.

Das polnische Abtreibungsgesetz, eines der schärfsten in Europa, besagte bisher, dass eine Schwangerschaft unter drei Bedingungen beendet werden darf: Wenn eine Schwangerschaft aufgrund einer Vergewaltigung oder durch Inzest entstanden ist, wenn das Leben der Frau in Gefahr ist und wenn der Fötus schwere Missbildungen aufweist. Letzteren Grund erklärte das oberste Gericht für verfassungswidrig und soll nun gestrichen werden. So will es die regierende nationalistisch-konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), so will es die katholische Kirche, doch so wollen es zehntausende protestierende Menschen in Polen nicht und marschierten nach Warschau. Mit dem Ruf *Moja macica nie kaplica!* (Meine Gebärmutter ist keine Kapelle!) fordern sie eine deutlichere Trennung von Staat und Kirche, den Rücktritt der regierungsnahen Präsidentin des Verfassungsgerichtes und damit verbunden die Installation eines neuen und unabhängigen Gerichts. Sie wollen eine bessere Finanzierung des Gesundheitssystems, mehr Unterstützung für Menschen mit Handicap und von der Pandemie betroffenen Personen. Und sie fordern eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie den Rücktritt der Regierung.

Seit mehreren Tagen protestieren die Menschen nun, stören Gottesdienste, blockieren Straßenkreuzungen, hängen Kleiderbügel an das Tor der Residenz des Erzbischofs von Breslau, führen einen Generalstreik durch und machen auf vielfältige Weise ihrer Wut Luft. Der Regierung gefällt das natürlich gar nicht und lässt nun Kirchen durch rechte Bürgerschaftswehren beschützen. Auch die Militärpolizei soll auf den Straßen eingesetzt werden. Es herrscht ein Ausnahmezustand, der durch die zusätzliche Bedrohung der Covid-19-Pandemie an Sprengkraft gewinnt.

Präsident Duda will nun eine Gesetzesänderung vorschlagen, bei der Schwangerschaften mit schwer missgebildeten Föten beendet werden dürfen, wenn eine

Lebensfähigkeit nicht absehbar ist. 2019 wurden in polnischen Kliniken 1.110 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, in 1.074 Fällen davon aufgrund schwerer Missbildungen der Föten. Doch selbst wenn Duda die geplante Gesetzesänderung noch einmal ‚abschwächen‘ würde, so ist noch nicht gesichert, dass Frauen in jenen Fällen auch garantiert abtreiben können. Polnische Ärzte:innen können aus Gewissensgründen einen Abbruch ablehnen und da in Polen die katholische Kirche großen Einfluss hat, kommen solche Gewissensentscheidungen vermutlich nicht selten vor.

Es ist Gewalt an Frauen, wenn ihnen die Freiheit über körperliche Selbstbestimmung genommen wird. Es ist Gewalt an Frauen, wenn sie per Gesetz gezwungen werden, Kinder auszutragen. Es ist Gewalt an Frauen, wenn sie aufgrund einer patriarchalen und rückwärtsgewandten Politik nach illegalen und lebensgefährlichen Wegen suchen müssen, um Schwangerschaften zu beenden. In Polen seien es laut Schätzungen von Frauenrechtsorganisationen jährlich 200.000 Frauen, die illegale Wege suchen. Es ist Gewalt an Frauen, wenn sie auf dem Weg in eine Frauenarztpraxis von sogenannten Lebensschützer:innen angegriffen und unter Druck gesetzt werden. Es ist Gewalt an Frauen, wenn immer weniger Gynäkolog:innen bereit sind Schwangerschaften abzuberechnen, sofern sie überhaupt noch im Studium entsprechend dafür ausgebildet werden. Auch bei uns in Deutschland gibt es immernoch Missstände in diesem Bereich, denke ich da zum Beispiel an die Debatten um die Paragraphen 218 und 219a des Strafgesetzbuches, wozu auch Mitglieder meine Fraktion sich immer wieder äußern und für deren Streichung wir nach wie vor kämpfen. Eine generelle Liberalisierung des polnischen Abtreibungsgesetzes wäre der richtige Weg. Das ebenfalls katholisch geprägte Irland hat es hier bereits positiv vorgemacht. Die Frauenbewegung in Polen braucht Solidarität und Unterstützung.

Am 25. November ist der Tag gegen Gewalt an Frauen. Auch dieses Jahr zeigt uns wieder eindrücklich, dass noch immer Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt herrschen und es weiterhin Mut und Kampfgeist braucht. *Nolite te bastardes carborundorum*¹ (auf deutsch in etwa Lass dich von den Bastarden

nicht unterkriegen) ist ein pseudo-lateinischer Ausdruck aus dem Buch und der Serie "Der Report der Magd" der US-amerikanischen Autorin Margret Atwood.

Sie schrieb das dystopische Buch 1985. Es handelt von einem zukünftigen Amerika, in dem Frauen in einer bibeltreuen und total-patriarchalen Gesellschaft ihrer Rechte vollkommen beraubt wurden und die wenigen fruchtbaren Frauen als Gebärmaschinen ver-

sklavt und rituell vergewaltigt werden.

Es handelt aber auch vom Widerstand der Frauen gegen dieses Unrecht.

Die gesellschaftspolitischen Parallelen zu Heute sind erschreckend, die roten Gewänder und weißen Häuben der Mägde mittlerweile ein Symbol des Protests gegen Gewalt - in Polen wie auch in anderen Ländern. Lasst euch von den Bastarden nicht unterkriegen!

Das Gericht will nichts von dir

Seit einiger Zeit wird auch in Halle wieder die Umbenennung u.a. von Apotheken (Vgl. MZ 06.06.16) und einem Gasthof erwogen, die den Ausdruck ‚Mohr‘ in ihrem Namen tragen. Insbesondere der ‚Gasthof zum Mohr‘ hat es in letzter Zeit wiederholt in die öffentliche Diskussion geschafft (Vgl. MZ, 22.08.2020, 08.09.2020, 14.09.2020). Verwunderlich an der neu entbrannten Diskussion ist dabei, wie kontrovers sie noch immer geführt wird, wie trotz der großen Aufmerksamkeit, die das Thema Rassismus durch die Geschehnisse in den USA spätestens seit George Floyds Ermordung erfahren hat, immer noch reaktionäre Argumentationslinien verfolgt werden, die den Rassismus und die vielfältigen Diskriminierungserfahrungen der Betroffenen in Deutschland offenkundig verharmlosen.

Dabei ist die Frage, ob der ‚Gasthof zum Mohr‘ umbenannt werden sollte, im Grunde die Frage, ob wir bereit sind, etwas gegen Alltagsrassismus zu tun. In Deutschland scheinen wir uns aber immer noch in einer laufenden Verhandlung über Einzelfälle zu befinden. So wie die Fälle dabei verhandelt werden, wird immer wieder deutlich, dass hier noch immer breiter Nachholbedarf bei der Frage herrscht, was Rassismus eigentlich sei und ob dieser oder jener Fall dazugehört. Es scheint darum vorläufig noch geklärt werden zu müssen, ob wir überhaupt denjenigen, die von Rassismus in Deutschland betroffen sind, Gehör zu schenken und ernst zu nehmen bereit sind. Denn ob ein zweifellos rassistischer Name irgendeines Gasthofs oder einer Apotheke oder sonst was im Sinne der Achtung von Menschen untereinander umbenannt werden sollte, kann nur dort eine solche Kontroverse auslösen, wo struktureller, alltäglicher Rassismus einen festen Platz hat. Denn wo sonst könnten Begriffe wie ‚Tradition‘ und ‚Geschichte‘ offenbar verwendet

werden, um die tagtägliche Herabwürdigung und Verleumdung von Menschen zu rechtfertigen oder schlimmer noch, sie wegzuerklären:

Es schreit denn nach blankem Unverständnis oder menschenverachtendem Kalkül, dass diese Debatte teilweise ernsthaft auf die Etymologie des Ausdrucks ‚Mohr‘ verlagert wird - denn es handle sich ja nicht wirklich um eine Herabwürdigung. Schließlich ließe sich der Begriff ‚Mohr‘ ja auf das lateinische und vermeintlich neutrale ‚maurus‘ (für ‚schwarz‘ und ‚afrikanisch‘) und damit auch auf den heiligen Mauritius zurückführen, der ja auch schwarz und eine historisch durchaus positive Gestalt sei (Vgl. MZ, ‚Kritik an Gasthof ‚Zum Mohr‘ - Ist Name der alten Traditionsgaststätte rassistisch?‘, 22.08.20). Es ist dahingehend zwar auch aufschlussreich, dass der eigentliche Ursprung des Ausdrucks im griechischen ‚moros‘ für ‚töricht, dumm, gottlos‘ liegt, und demnach auch die Verwendung des lateinischen Nachfolgers ‚maurus‘ historische eine ‚abwertende Fremdbezeichnung‘ (Vgl. Olaf Zenker, Professor für Ethnologie im MZ-Interview 08.09.2020) war. Was diese und ähnliche Debatten aber eigentlich so zynisch und grausam macht, ist nicht nur, dass immer wenn ein solcher Ausdruck oder Name öffentlich diskutiert wird, gleichzeitig auch die gesamte und reale Lebenswelt derjenigen zum Verhandlungsstoff gemacht wird, die durch diese u.ä. Ausdrücke, Namen, Abbildungen, etc. real betroffen sind. Wir machen vielmehr unseren eigenen Rassismus zur Verhandlungssache und laden uns dabei noch selbst als Zeugen ein. ‚Wir sind ja keine Rassisten, wir meinen das ja gar nicht so, das und jenes ist ja gar nicht rassistisch, wir sehen ja gar keine Farbe, wir haben ja schwarze Freunde, wir wollen ja nur unsere Geschichte bewahren und unsere Tradition pflegen, unsere Meinung sagen dürfen, als freie Menschen in



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Dezember Geburtstag haben.



einer freien Demokratie leben!“ Wie exklusiv dieses „wir“ ist, wir wissen es nicht - und auch das ist unser Privileg. Wenn ein sog. „Bildungsminister“ Marco Tullner in seiner Begrüßungsrede auf dem Parteitag des CDU-Kreisverbands verlauten lässt, die Debatte um eine Umbenennung des Gasthofs sei „albern und der Sache nicht angemessen“ und „eine Schande für die politische Kultur“ (MZ, „Debatte um „Mohr“ albern und nicht angemessen? Äußerung von Tullner sorgt für Kritik“, 14.09.2020), dann wird nicht nur die Betroffenheit derjenigen, die den alltäglichen Symptomen eines geschichtlich verwurzelten, strukturellen

Rassismus ausgeliefert sind, auch noch durch jemanden verspottet, der schlichtweg nicht wissen kann, wie es ist, von tagtäglichem, strukturellem Rassismus betroffen zu sein. So jemand maß sich vielmehr noch das Urteil darüber an, ob diese Frage überhaupt Gegenstand einer öffentlichen Verhandlung sein sollte. Es darf als Fortschritt gelten, dass mittlerweile überhaupt solche Fragen um das Thema Rassismus in Deutschland öffentlich verhandelt werden. Es ist jedoch ein Schauprozess, wenn Täter und Komplizen gleichzeitig auch als Zeugen, Anwälte und Richter auftreten.
SDS DIE LINKE Halle

Rezension

Andre´ Kubiczek Strasse der Jugend. rowohlt Verlag Berlin 2020, ISBN 978-3-73711-0025-0, 403 S.

Dieser Roman ist die Fortsetzung der vom gleichen Autor 2016 publizierten „Skizze eines Sommers“. Dort wird das letzte Jahr an der „Penne“ bzw. die darauf folgenden „großen Ferien“ beschrieben. Die Leserschaft erfährt dort, dass der Held beider Romane, Rene, zum Studium nach Moskau gehen soll, weil „er nicht nein sagen konnte“. Im zweiten Roman geht es nun um erste Jahr (von damals zweien) an der Arbeiter- und Bauern - Fakultät (ABF) in Halle. D.h. eigentlich geht es in beiden Romanen eher um die Befindlichkeiten des Protagonisten - sein Liebesleben, das Verhältnis zu seinen Freunden, das (Nicht)Verhältnis zu seinem Vater (die Mutter ist bereits verstorben), seinen Musik-, Literatur- und Kleidergeschmack, mit Hilfe dessen er und seine Freunde sich aus der Masse abheben wollen.

Das Leben an der ABF wird vor allem im Internat beschrieben, zum Unterrichtsgeschehen, den Motiven der anderen für ein Auslandsstudium, dem Lehrkörper erfährt man leider wenig (nur die Seminargruppenbetreuerin taucht am Rande manchmal auf). Dafür umso mehr zu Hallenser Kneipen und den dortigen Gepflogenheiten.

Der Text ist im Stil und in der Sprache eines Jugendlichen geschrieben - gerade in Halle werden auch andere LeserInnen neugierig sein, wie sie eigene Erinnerungen hier wiederfinden. Die Rezensentin hat so-

wohl die ABF-Zeit, ihre KommilitonInnen und dass Internatsleben anders im Gedächtnis - indes war dies Mitte der 70er Jahre. In einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu „Lebenswegen ehemaliger AbsolventInnen russischer Hochschulen“ tauchen sowohl andere Motive zum Auslandsstudium als auch andere Betrachtungen zum Miteinander auf. Allerdings zeigen vergleichende Analysen vorliegender Erinnerungen ehemaliger SU-StudentInnen auch, dass hier durchaus Veränderungen in Bedingungen, Erwartungen und Wertungen vorliegen. Während zu Beginn in den 50er Jahren Stolz und Ehre über die Auswahl für ein solches Studium überwogen haben, finden sich später andere Motivationen (eigene Entscheidung, Sehnsucht nach der Fremde bzw. nach Studienfächern, die sich so in der DDR nicht realisieren lassen).

Der Roman spielt Mitte der 80er Jahre - hier hatte die Studie gezeigt, dass zu diesem Zeitpunkt teilweise aktiv um SchülerInnen für die ABF geworben werden musste, während in den Jahrzehnten davor eher ein Auswahlverfahren zwischen mehreren BewerberInnen typisch war. In die beschriebene Zeit des Textes fallen sowohl das Reaktorunglück in Tschernobyl als auch die Politik von Glasnost und Perestroika. Beides wird kurz erwähnt, spielt jedoch in den Gesprächen unter den Jugendlichen keine Rolle. Schade, hier wurde Potential verschwendet, denn letztendlich hat vor allem letzteres mit zum Ende des Staates, den Rene nach links verändern will, beigetragen.

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 19. und 20.11.2020

#Pandemie

Aktuelle Debatten und zahlreiche Anträge zu Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Gleich mehrere Tagesordnungspunkte der letzten Landtagssitzung befassten sich mit der aktuellen Situation und den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Menschen und Wirtschaft.

Langfriststrategie statt wiederholter Schließungen

Die Fraktion DIE LINKE ist davon überzeugt, dass es einer langfristigen Strategie zum Umgang und zur Bekämpfung der Corona-Krise brauche. Diese forderten wir per Antrag von der Landesregierung, denn auf wiederholte oder dauerhafte Schließungen einzelner öffentlicher, kultureller und wirtschaftlicher Branchen solle verzichtet werden. Stattdessen Infektionsketten zielgenau unterbrochen und Infektionsherde abgeschaltet werden. Das habe der Teil-Lockdown im November nicht vermocht. Zudem mangelt es diesen kurzfristigen Strategien an Transparenz und Ehrlichkeit.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Eva von Angern** forderte daher eine Teststrategie für Beschäftigte in Schulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen, Landesprogramm für Luftfilter für besonders sensible öffentliche Einrichtungen und erklärte, „Ich habe Null Verständnis dafür, dass für den Autogipfel dieser Woche 3 Milliarden Euro locker gemacht werden konnten und die eine Milliarde Euro für Luftfilter an Schulen nicht da ist.“ Unabdingbar sei eine Einbindung des Parlaments bei der Erarbeitung der Eindämmungsverordnungen. Hinsichtlich des diese Woche beschlossenen Infektionsschutzgesetzes betonte sie deshalb, dass mit dem Infektionsschutzgesetz zwar Verbesserungen zu verzeichnen seien, aber jeder Eingriff in Grund- und Freiheitsrechte einer Debatte im Bundes-

tag bedürfe. Zugleich stellte sie klar: „All jene, die dieses neue Gesetz mit dem ‚Ermächtigungsgesetz‘ aus dem Jahre 1933 vergleichen, missbrauchen die Opfer des 2. Weltkrieges in widerlicher Weise.“

Zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie notwendig sind, braucht es ein realistisches Instrument der Lastenverteilung. Dazu kann eine Vermögensabgabe ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung und zur finanziellen Stärkung der Kommunen sein. Die von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zeigt, dass eine Vermögensabgabe ein umsetzbares Instrument ist, das verfassungsrechtlich als Lastenausgleich vorgesehen ist. Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

Maßnahmen von Sicherheitsbehörden gegen Corona-Leugner-Demos

Durch die massive Zunahme von Mobilisierung gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen werden Gesellschaft, Politik und die Sicherheitsbehörden sowie Justiz vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Die Fraktion DIE LINKE thematisierte in einer aktuellen Debatte die zunehmende Radikalisierung der Teilnehmenden der Corona-Leugner-Proteste und den Umgang der Sicherheitsbehörden mit solchen Versammlungen. Die innenpolitische Sprecherin **Henriette Quade** verwies in ihrer Rede unter anderem darauf, dass in einer demokratischen Gesellschaft offen diskutiert werden müsse, wie wir mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie umgehen, wie den notwendigen Schutz organisieren und gleichzeitig elementare Freiheitsrechte schützen, wie Lasten gerecht verteilen und jene unterstützen, deren Existenz gefährdet ist. Sie stellte hinsichtlich des zunehmenden Einflusses rechtsextremer Positionen bei den Kundge-

bungen klar: „Wer Lügen und Verschwörungserzählungen verbreitet, beteiligt sich nicht an einer öffentlichen Debatte, sondern will diese entweder manipulieren oder zerstören.“ Es sei der gezielte Versuch, Demokrat*innen einzuschüchtern und Macht gegenüber dem eigenen Lager zu demonstrieren. Und durch das Versagen der Sicherheitsbehörden im Umgang mit den Kundgebungen, indem der rechten Szene Freiräume über das rechtlich Notwendige eingeräumt werden, fühle diese sich ermächtigt und radikalisiere sich weiter.

Kahlschlag für die Kunst- und Veranstaltungsbranche abwenden

Corona-Wirtschaftshilfen und ein Härtefallprogramm für besonders betroffene Branchen und Betriebe hat die Fraktion der SPD in einer aktuellen Debatte thematisiert. Die Fraktion DIE LINKE stellte dazu einen Antrag auf eine monatliches Grundeinkommen von 1.200 Euro ab dem 1. November 2020 zur Unterstützung vieler in ihrer Existenz bedrohter selbstständiger Kunst- und Kulturschaffender in den Sparten Musik, Darstellende und Bildende Künste, Kabarets, Club- und Diskotheken-Betreiber*innen. Für DIE LINKE hob die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Eva von Angern** hervor, wie wichtig die Kultur- und Kreativbranche sei: „In ihrer Vielfalt bereichert sie unser Leben, prägt in vielerlei Hinsicht unsere Identität. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie zur Integration.“ Zu deren Erhalt sei es wichtig, unter Einhaltung ausdifferenziert und mit den Gesundheitsämtern abgestimmter Hygienekonzepte Kultur- und Kunstveranstaltungen zu öffnen, den Einrichtungen wie Clubs unbürokratische und schnelle finanzielle Hilfe zukommen zu lassen und über die Bundesprogramme hinaus ein Subventionsprogramm des Landes aufzulegen. Denn „ohne Kunst und Kultur wird es still und düster“, so Eva von Angern. Der Antrag wird nun in mehreren Ausschüssen diskutiert.

Landesweite pandemische Lage festgestellt - mit Folgen für Kommunen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde mehrheitlich deren Antrag auf Feststellung einer landesweiten pandemischen Lage aufgrund der sich aus-

breitenden Pandemie SARS-CoV-2 beschlossen. Diese Feststellung soll für drei Monate gelten. Damit können die Sonderregelungen des vom Landtag am 14. Oktober 2020 beschlossenen Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften in Anwendung gebracht werden. Dies solle den Kommunen zusätzliche Handlungsoptionen zur Sicherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit eröffnen. Das heißt, um Kontakte zu vermeiden können die kommunalen Vertretungen und ihre Ausschüsse sowie Ortschaftsräte gemäß § 56a Abs. 2 bis 6 KVG notwendige Sitzungen per Videokonferenz anstelle von Präsenzsitzungen durchführen und unter Zustimmung von vier Fünftel der Mitglieder über Verhandlungssachen im schriftlichen oder elektronischen Verfahren abstimmen. Darüber hinaus kann das Innenministerium die Kommunen auch von einer Reihe von haushaltsrechtlichen Verpflichtungen freistellen, mit dem Zweck der Sicherung der kommunalen Haushaltsaufstellung und Haushaltsführung. Die Fraktion DIE LINKE hat sich bei der Abstimmung enthalten. Wir haben Vorbehalte: Denn auch mit Zustimmung des Landkreises als Kommunalaufsichtsbehörde kann eine Abweichung gemäß § 56a Abs. 1 KVG erfolgen und können Videokonferenzen anstelle einer Präsenzsitzung durchgeführt werden. Ein Beschluss des Landtages wäre in dieser Hinsicht nicht von Nöten. Letztlich obliegt die Entscheidung den Kommunen, in welcher Form sie tagen.

#Medizin und Pflege

Digitalisierungsstandards in Medizin und Pflege an aktuelle Erfordernisse anpassen

Die Beratungen der Enquetekommission zur Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt haben offengelegt, dass die Kommunikation zwischen den Kliniken derzeit nicht funktioniert, es Mängel in der Koordination und keine gemeinsamen Standards gibt. In der digitalen Agenda des Landes sind Gesundheit, Medizin und Pflege Nebenschauplätze. Der für Digitalisierung und Hochschulen zuständige Sprecher **Hendrik Lange** kritisiert: „Die Abstimmung mit dem Digitalisierungsministerium laufen so, wie interministerielle Abstimmungen laufen in Sachsen-Anhalt - auf jeden Fall langsam und oft schlecht!“ Dabei könnte nach Ansicht der Medizinischen Fakultät der Martin-

Luther-Universität Halle ein Landeszentrum für Digitalisierung Abhilfe schaffen. „Wir haben Glück. Wir haben Akteur*innen. Wir haben - und das ist selten - Geld aus dem Strukturwandel und dem Zukunftsfonds. [...] Wenn es eine kluge Initiative aus unserer Hochschulmedizin gibt, dann sollten wir doch zugreifen.“ Deshalb soll die Landesregierung ein „Landeszentrum für Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ einrichten, das als Dachstruktur die Digitalisierung in Pflege und Medizin in Form eines wissenschaftsgeleiteten und evidenzbasierten Entwicklungsprozesses koordiniert. Der Antrag wurde in mehrere Ausschüsse zur Diskussion überwiesen.

Soforthilfeprogramm für Apotheken in Sachsen-Anhalt

Laut Apothekerkammer und Landesapothekerverband ist ein Fünftel der etwa 600 Apotheken im Land, insbesondere im mittleren und südlichen Sachsen-Anhalt, von der Insolvenz des Rezeptabrechners AvP betroffen. Dies ist eine alarmierende Situation - sowohl für die Apotheken als auch im Hinblick auf die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Dazu sagte die gesundheitspolitische Sprecherin **Dagmar Zoschke**: „121 Apotheken in unserem Land sind unverschuldet in eine existenzbedrohende Lage geraten. Das erfordert ein unverzügliches Handeln der Landesregierung und genau darauf zielt unser Antrag ab.“ Die Fraktion Die LINKE beantragte deshalb, ein Soforthilfeprogramm für die betroffenen Apotheken zu erarbeiten, das sowohl das unbürokratische Ausreichen zinsloser Kredite beinhaltet als auch die Begleitung des Insolvenzprozesses des Rezeptabrechners durch die Landesregierung einschließt. Auf der Bundesebene soll die Landesregierung sich dafür einzusetzen, dass im § 300 SGB V die insolvenzfeste Verwaltung der Fremdgelder durch die Abrechnungszentren festgeschrieben werden. Unser Antrag wurde abgelehnt.

#Umwelt

Müllimporte - Abfallgesetz endlich ändern

Lange schon wird im Landtag die Problematik von Müllimporten diskutiert. Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen neue Deponien vor ihrer Haustür. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE eine Änderung

des Abfallgesetzes in den Landtag eingebracht. Der umweltpolitische Sprecher **Hendrik Lange** verwies in seiner Rede darauf, dass das eigentliche Problem sei, dass Müll viel zu lange als Geschäftsmodell für Sachsen-Anhalt gesehen wurde und teilweise gesehen werde. Dabei gehe es nicht um den Müll, der bei uns anfallt. Der müsse fachgerecht entsorgt werden. „Aber insbesondere unter der CDU-Führung mutierte unser Land zum Müllimportland mit fatalen Skandalen wie dem von Vehlitz und Möckern.“

Durch die Gesetzesänderung soll die öffentliche Hand bei Auftragsvergaben dazu verpflichtet werden, dass Auftragnehmer nur Materialien verwenden, die rohstoffschonend und schadstoffarm hergestellt wurden und sich nach Gebrauch in besonderem Maße zur umweltverträglichen, insbesondere energiesparenden Wiederverwendung oder zum Recycling eignen. Darüber hinaus sollen nur noch Abfälle nach Sachsen-Anhalt verbracht werden dürfen, wenn deren beabsichtigte Verbringung in Bezug auf Menge und vorgesehener Entsorgungsanlage den Zielen des Abfallwirtschaftsplans des Landes nicht entgegenstehe. Eine Regelung der Deponiekapazitäten ist ein erster Schritt gegen den sogenannten Wildwuchs von Deponien. Diese Regelung ist nur für Abfälle möglich, die nicht von den europarechtlichen Vorschriften erfasst sind, das heißt für Abfälle zur Beseitigung aus anderen Bundesländern, denn die landesrechtlichen Regelungen müssen natürlich mit dem Bundesrecht und dem europäischen Recht vereinbar sein. Das Landesverwaltungsamt als obere Abfallbehörde kann durch vorliegenden Sachverstand die Genehmigungsverfahren für die Deponien aller Klassen besser beurteilen als die Landkreise. Um Planung und Genehmigung aus einer Hand zu gewährleisten, sollen die Genehmigungsverfahren für alle Deponieklassen zukünftig beim Landesverwaltungsamt erfolgen. Der Gesetzentwurf wurde zur Diskussion in mehrere Ausschüsse überwiesen.

#Landwirtschaft

Agrarstrukturgesetz zur Eindämmung von Bodenspekulationen vorgelegt

Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Gesetzentwurf einge-

bracht, mit dem Gefahren und erheblichen Nachteile für die Agrarstruktur und damit für den ländlichen Raum abgewehrt werden sollen. Hintergrund sind die seit Jahren erheblich gestiegenen Kauf- und Pachtpreise von landwirtschaftlichen Flächen. Die um ein Vielfaches gestiegenen Preise seien aber nicht zu erwirtschaften, wodurch insbesondere ortsansässige Landwirt*innen ins Hintertreffen geraten, so die agrarpolitische Sprecherin **Kerstin Eisenreich**. Dafür sei der Boden zunehmend als lukratives Anlageobjekt insbesondere für zahlungskräftige nicht ortsansässige und nichtlandwirtschaftliche Investoren interessant geworden. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sieht als agrarstrukturelles Ziel insbesondere die Gewährleistung leistungsfähiger Unternehmen der Landwirtschaft und ein Vorrang der Landwirte beim Erwerb von Grundeigentum sowie die Kontrolle von Anteilskäufen bei Agrargesellschaften, eine Tatsache, mit der die Regelungen des Grundstücksverkehrs umgangen werden. Dieses Gesetz soll weiterhin der Sicherung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume, insbesondere der Sicherung der Wertschöpfung im ländlichen Raum, dienen.

„Für uns sind einige wesentliche Punkte das Vorkaufsrecht für Landwirte aus Sachsen-Anhalt und deren Stärkung, die Streuung des Bodeneigentums sowie Verhinderung weiterer wettbewerbsschädlicher Konzentrationen am Bodenmarkt, Höchstgrenzen für den Erwerb und die Pacht von Flächen und eine Deckelung der Kauf- und Pachtpreise und die Genehmigungspflicht für den Kauf von Unternehmensanteilen“, betonte **Kerstin Eisenreich**. Insgesamt biete der Gesetzentwurf ein paar gute Ansätze, so die Einrichtung eines Bodenfonds bei der Landgesellschaft und die Einbeziehung der Anteilskäufe in die Zustimmungspflicht. Allerdings gehe der Gesetzentwurf aus unserer Sicht nicht weit genug und öffne an der einen oder anderen Stelle Hintertürchen, die wiederum den eigentlichen Zielen zuwiderlaufen. Da gelte es, genau hinzuschauen. Zudem fehle ein im breiten Konsens verabschiedetes Leitbild für die Landwirtschaft. Mit Anhörungen wird der Gesetzentwurf nun in den zuständigen Ausschüssen diskutiert.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 22. November 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im November 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Parteilieben in Zeiten von Corona

Liebe Genossinnen und Genossen, aktuell können keine Mitgliederversammlungen und -treffen stattfinden und das ist für unser Parteilieben, für den Kontakt zwischen unseren Mitgliedern und den Austausch untereinander sehr schwierig.

Wie organisiert man also Parteilieben in Zeiten von Corona?

Wir haben uns deshalb überlegt, für alle Genoss*innen und Genossen in Halle (und darüber hinaus) Videokonferenzen mit dem Programm Zoom im Zweichwochenrhythmus anzubieten.

Diese „Stammtische“ finden aktuell jeden zweiten Mittwoch ab 18:30 Uhr statt.

Der nächste, wegen Weihnachten, allerdings am Freitag, dem 18.12. ab 18:30 Uhr.

Wenn ihr Interesse habt, daran teilzunehmen, mit Genoss*innen ins Gespräch zu kommen und politisch zu diskutieren, meldet euch einfach, dann erhaltet ihr die Zugangsdaten.

Eine Email an: **OV.Mitte@dielinke-halle.dereicht**.

Solidarische Grüße

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Halle

Auf Geschenke warten? Besser: Vermögensabgabe jetzt!

Mit der ersten Dezemberwoche beginnt bei vielen schon das Warten auf die Geschenke an Weihnachten. Persönlich kann das sicher Freude bereiten, aber politisch ist das keine Lösung. Trotzdem scheint die Bundesregierung bei den Krisenkosten auf Geschenke zu warten, denn die dringend notwendige Vermögensabgabe wird nicht einmal diskutiert.

Letztendlich müssen wir die Milliarden für die Krisenpakete und die Stabilisierung von Konjunktur und Arbeitsmarkt aber irgendwo hernehmen. Wir schlagen deshalb die Konten vor, die ohnehin voll genug sind. Deshalb fordert unsere Bundestagsfraktion eine progressive Vermögensabgabe auf Privatvermögen ab 2 Millionen Euro und Betriebs- bzw. Kapitalvermögen ab 5 Millionen Euro. Und das ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern wurde vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) durchgerechnet.

Kurzum: Mit dieser Vermögensabgabe würde kaum jemand etwas verlieren und der Staatshaushalt hätte etliche Milliarden mehr. Das Geld könnte man dann auch zur tatsächlich solidarischen Bewältigung der Corona-Krise ausgeben!



Aus dem Landtag:

Eva von Angern wurde zur zweiten Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Ab sofort bildet sie – zusammen mit Thomas Lippmann – die Doppelspitze der Fraktion.

„Heute ist ein ganz besonderer Tag für mich. Ich bedanke mich bei meiner Fraktion für die Wahl zur Fraktionsvorsitzenden sowie das entgegengebrachte Vertrauen.

Besonders wichtig ist mir in der neuen Position als Fraktionsvorsitzende weiterhin der vehemente Einsatz für soziale Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt. Der Kampf gegen Kinder- und Altersarmut sowie die Stärkung der Demokratie möchte ich auch in meiner neuen Funktion in den Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit stellen.

Die Menschen benötigen eine hörbare Stimme und

das sind wir, die Fraktion DIE LINKE,“ so Eva von Angern über ihre Wahl zu Fraktionsvorsitzenden.

Thomas Lippmann freut sich über die kommende Arbeit in der Doppelspitze und betont: „Das Modell der Doppelspitze hat sich in der Linken bewährt. Wir wollen uns in dieser krisenhaften Zeit mit vereinten Kräften für Sachsen-Anhalt einsetzen.

Die Corona-Pandemie stellt weiterhin eine enorme Herausforderung dar, während sich die Kenia-Koalition im Streit um den Rundfunkbeitrag zerlegt.

Da ist eine starke Opposition mehr denn je gefordert.“

DIE LINKE.

**Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt**

Haseloff muss Vertrauensfrage stellen

Zur Entlassung des Innenministers Holger Stahlknecht durch den Ministerpräsidenten Reiner Haseloff erklärt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt Eva von Angern:

„Die Entlassung des Innenministers durch den Ministerpräsidenten war nach dem Frontalangriff auf die Landesregierung alternativlos.

Damit ist der Richtungskampf innerhalb der CDU Sachsen-Anhalt offen ausgebrochen. Die CDU ist tief gespalten, es stehen sich unversöhnliche Flügel gegenüber.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben ein Recht darauf, zu wissen, wer im Landtag von Sachsen-Anhalt eine Mehrheit hat. Daher fordern wir den Ministerpräsidenten auf, die Vertrauensfrage zu stellen.“

Liebe Senioren und liebe Seniorinnen,

so langsam neigt sich das Jahr 2020 dem Ende zu. Für uns alle war es ein Jahr mit vielen Hochs und ganz vielen Tiefs. Und wir alle haben insbesondere durch die CORONA-Pandemie vor neuen Herausforderungen gestanden.

Wir hoffen sehr, dass ihr soweit gut durch diese Zeit gekommen und gesund geblieben seid.

In diesem Jahr konnten nur wenige unserer Treffs im „Senioren-Café“ stattfinden und auch das letzte musste nun leider abgesagt werden.

Aber wir versprechen euch, dass wir im kommenden Jahr, sobald es uns wieder möglich sein wird, neue Treffen mit interessanten Themen organisieren werden und hoffen, euch dann wieder bei Kaffee und Kuchen im LiLa begrüßen zu können.

Wir wünschen euch ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2021.

Bleibt alle gesund und
zuversichtlich

Ingrid Höpner und
Lydia Roloff

